

Europa bauen, den Wandel gestalten

Deutschland, Frankreich, Europa:
was war, was ist, was wird?

Alfred Grosser

Einführung: Heiner Gutberlet

Europa bauen – den Wandel gestalten

„Bisher hatte die Bundesrepublik den USA gegenüber eine übertriebene Dankbarkeit gezeigt, während Frankreich Rekorde der Undankbarkeit aufgestellt hatte“ sagte Alfred Grosser, Politologe und Präsident des Centre d’information et de recherche sur l’Allemagne contemporaine in Paris. Der renommierte Mittler zwischen Deutschen und Franzosen war auf Einladung der Robert Bosch Stiftung am 3. Juni 2003 ins Haus der Wirtschaft nach Stuttgart gekommen, um über Vergangenheit und Zukunft des deutsch-französischen Verhältnisses in Europa zu sprechen. Damit setzte Alfred Grosser die Vortragsreihe „Europa bauen, den Wandel gestalten“ der Stiftung fort, in der Persönlichkeiten aus Kultur, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu Wort kommen.

Heiner Gutberlet, Vorsitzender des Kuratoriums der Robert Bosch Stiftung, erinnerte in seiner Einführung an den Abschluß des Elysée-Vertrags: „Als Rahmen und als Signal für die Nachbarn am Rhein und für die europäische Einigung hat sich der Vertrag bis heute bewährt. Es liegt an uns, den Grundgedanken der Freundschaft immer von neuem mit Leben zu erfüllen.“

Heiner Gutberlet

Einführung

In diesem Jahr begingen Frankreich und Deutschland den vierzigsten Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags. Dieser Vertrag wurde vor dem Hintergrund einer politischen Großwetterlage geschlossen, die den beiden Nachbarn am Rhein eine gründlich veränderte politische Wirklichkeit vor Augen führte. In Deutschland hatte der Bau der Berliner Mauer Gefühle der Ratlosigkeit und der Bedrohung ausgelöst. Frankreich hatte sich nach dem Rückzug aus Algerien auf eine veränderte Rolle in der internationalen Arena einzustellen.

Adenauer und de Gaulle bewiesen Mut und Weitsicht in ihrem gemeinsamen Willen, das deutsch-französische Verhältnis auf eine neue Grundlage zu stellen. Es sollte nicht nur um einen Interessenausgleich gehen, sondern um eine grundlegende Neuordnung der politischen Beziehungen.

So sagte Präsident de Gaulle auf einer Pressekonferenz im Vorfeld des Vertrages: „Es handelt sich nicht nur um eine umstandsbedingte Versöhnung. Was vor sich geht, ist in Wahrheit eine Art wechselseitiger Entdeckung der beiden Nachbarn, bei der jeder gewahrt wird, wie sehr der andere brauchbar, verdienstvoll und anziehend ist.“

Diese wechselseitige Entdeckung der Nachbarn am Rhein, die de Gaulle und Adenauer vorschwebte, konnte nicht gleichsam angeordnet werden. Sie bedurfte einer Grundlage in der Bürgergesellschaft.

Die Wurzeln der deutsch-französischen Annäherung liegen tiefer, als wir dies gemeinhin annehmen. Schon in den zwanziger Jahren traten nicht nur Gustav Stresemann und

Aristide Briand für einen deutsch-französischen Ausgleich ein. Es gab auch weitsichtige Publizisten, Bürger und Unternehmerpersönlichkeiten, die sich der Völkerverständigung verpflichtet fühlten.

Zu ihnen zählte der Unternehmer und Stifter Robert Bosch, der sich für die deutsch-französische Verständigung und für die frühe Europa-Bewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi einsetzte. Robert Bosch ließ sich von der Maxime leiten, daß nur ein Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich und die Unterstützung einer solchen Politik durch Begegnung und Austausch der Menschen im Alltag aus der Konfrontation herausführen und in Europa die Grundlagen für Vertrauen und Zusammenarbeit schaffen konnten.

Der Elysée-Vertrag liegt auf der Linie dessen, was Robert Bosch in seiner Zeit als Basis für gute Nachbarschaft im wohlverstandenen Eigeninteresse Deutschlands und Frankreichs vorschwebte.

Die Robert Bosch Stiftung griff das Vermächtnis ihres Namensgebers frühzeitig auf und machte die Völkerverständigung zu einem ihrer Hauptanliegen. Die Förderung der deutsch-französischen Beziehungen ist seit 1973 ein Schwerpunkt, für den bis heute 26 Millionen Euro aufgewandt wurden.

Zunächst standen Begegnungen von Journalisten im Vordergrund, Programme, die bis heute ihren Beitrag zum besseren Verständnis des Nachbarn leisten. Weitere Programme kamen hinzu: Jährlich kommen 20 junge Franzosen nach Deutschland, um an unseren Universitäten ihre Sprache zu unterrichten, junge deutsche und französische Lektoren werben in Frankreich und Deutschland für die Sprache des Nachbarn, ein Frankreich-Preis/Prix Allemagne soll deutsche und französische Berufsschüler zusammenführen und der Apollinaire-Preis gilt deutschen Abiturienten

für hervorragende Leistungen im Fach Französisch. Ein Preis für bürgerschaftliches Engagement in deutsch-französischen Kommunalpartnerschaften ermutigt vor allem auch die Jugend, das Netz der grenzüberschreitenden Freundschaften auf kommunaler Ebene zu festigen und neu zu beleben.

Es geht uns darum, wie diese Beispiele zeigen, durch praktische Beiträge ein dichtes und wachsendes Netz des Vertrauens zu knüpfen.

Der Elysée-Vertrag konnte nur der Beginn einer Wende in den deutsch-französischen Beziehungen sein. Als Rahmen und als Signal für die Nachbarn am Rhein und für die europäische Einigung hat sich der Vertrag bis heute bewährt. Es liegt an uns, den Grundgedanken der Freundschaft und des Aufeinanderangewiesenseins immer von neuem mit Leben zu erfüllen.

Ich möchte Ihnen, lieber Herr Professor Grosser, sehr herzlich danken, daß Sie heute zu uns gekommen sind und im Rahmen unserer Reihe „Europa bauen, den Wandel gestalten“ zu uns sprechen werden über das Thema „Deutschland, Frankreich, Europa: was war, was ist, was wird?“.

Alfred Grosser wurde 1925 in Frankfurt am Main geboren. Nach der „Machtergreifung“ des nationalsozialistischen Regimes ging die Familie nach Frankreich. Seit 1937 ist Alfred Grosser französischer Staatsbürger. Das Studium der Politikwissenschaft und der Germanistik führte ihn an die Universitäten Aix-en-Provence und Paris, wo er zum Docteur ès lettres et sciences humaines promoviert wurde. Es folgten Jahre als Assistent für das Fach Germanistik an der Sorbonne und als Lehrbeauftragter am Institut d'études politiques in Paris, der weltweit anerkannten Ausbildungsstätte für den französischen Führungsnachwuchs in Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Von 1956 bis 1992 war Alfred Grosser an diesem Institut Professor und zugleich Direktor an der Fondation nationale des sciences politiques. Er war Gastprofessor an den Universitäten Stanford und Johns Hopkins in den Vereinigten Staaten, ferner in Peking, Tokio und Singapur.

1982 gründete Herr Professor Grosser das CIRAC, ein Zentrum der Information und Forschung zum zeitgenössischen Deutschland.

Für seine Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft und für sein herausragendes Engagement für die Völkerverständigung wurde er unter anderem mit dem großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet.

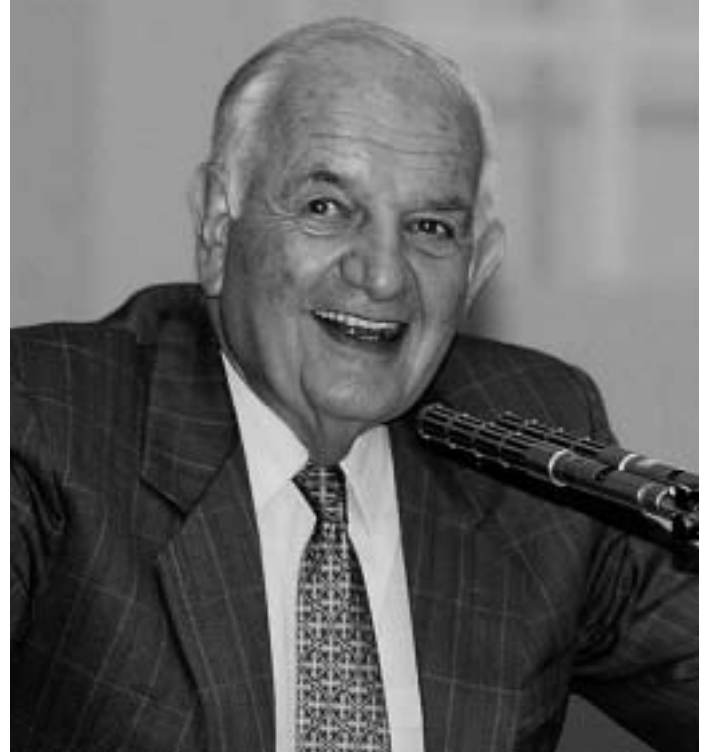
Für die Robert Bosch Stiftung war es eine Ehre und Freude, lieber Herr Professor Grosser, daß sie 1992 zur Einrichtung einer Professur für Deutschlandstudien an Ihrem Institut d'études politiques in Paris beitragen konnte, die Ihren Namen trägt.

Auf diesen Alfred-Grosser-Lehrstuhl werden seitdem jährlich deutsche Gastprofessoren berufen, die damit in Ihrem Geiste als deutsch-französische Brückenbauer lehren und forschen. Wir sind dankbar, daß der französische Staat diesen Lehrstuhl inzwischen aus öffentlichen Mitteln trägt, ein gelungenes Beispiel für eine grenzüberschreitende public private partnership.

Alfred Grosser ist ein Pionier der deutsch-französischen Aussöhnung. Unmittelbar nach dem Kriege hat er sich dafür eingesetzt, auf Deutschland ohne Vorbehalte zuzugehen – und dies, obgleich er und seine Familie unter Emigration und Krieg gelitten haben. Es berührt noch heute zutiefst, mit welcher pragmatischer Offenheit Sie in Ihren Schriften und Reden nach 1945 für Begegnung und Austausch warben.

Sie verstehen es in unnachahmlicher Weise, den Dingen auf den Grund zu gehen und Franzosen und Deutschen den Spiegel vorzuhalten: Sind die Dinge wirklich so, wie sie scheinen? Wie nehmen wir den anderen wahr, und werden wir ihm gerecht? Wie kann man die Dinge zum Besseren fortentwickeln? Diese Fragen stellen Sie mit unnachgiebiger Gewissenhaftigkeit. Wie kein anderer Publizist mit deutschem und französischem Hintergrund verfolgen Sie den Weg unseres Landes mit kritischer Sympathie, mit Einfühlungsvermögen, mit Sinn für das Mögliche und auch mit Respekt für das Erreichte.

Herr Professor Grosser, wir sind gespannt auf Ihren Vortrag.



Alfred Grosser

**Deutschland, Frankreich, Europa:
was war, was ist, was wird?**

Alfred Grosser

Vielen Dank für die Einladung, noch mehr für alles, was die Robert Bosch Stiftung auf dem Gebiet der deutsch-französischen Beziehungen geschaffen hat. Seit zehn Jahren fühle ich mich als Posthumus wegen des Lehrstuhls am Institut d'études politiques, der meinen Namen trägt. Denn ein Lehrstuhl wird doch im Allgemeinen nach einem Toten benannt! Ich weiß nicht, ob ich dem Titel des Vortrags gerecht werde. Ich werde von der Gegenwart sprechen, aber auch von der Vergangenheit. Für die Zukunft möchte ich Sie daran erinnern, daß ich Politologe bin, das heißt jemand, der nachher erklärt, wieso man die Dinge hätte voraussehen können.

Die Vergangenheit, sie spielt immer noch eine große Rolle. Manchmal wird sie schön „bewältigt“, zum Beispiel als im Januar Bundestag und Assemblée National in Versailles eine gemeinsame Sitzung erlebt haben. Sie bedeutete die endgültige Überwindung zweier Kränkungen, die französische von 1871, die deutsche von 1919. Die Medien haben dabei Jacques Chirac nicht gut zugehört. Kein französisches Staatsoberhaupt vor ihm hatte je vom *diktirten Frieden* gesprochen. Daß der Vertrag ein „Diktat“ war, das schreiben die französischen Historiker schon seit langem und die meisten Schulbücher auch. Aber die offizielle Anerkennung der Tatsache blieb noch aus.

Ist nun in Versailles eine „Erbfeindschaft“ überwunden worden? Wenn Frankreich einen „Erbfeind“ hat – der dann im 20. Jahrhundert sein Verbündeter geworden ist –, so war es einige Jahrhunderte lang England. Und auch 1871, als es

zum ersten Mal einen deutschen Staat gab, war mehr von Preußen die Rede. So war es noch 1945, als die ersten Richtlinien aus Paris für die Besatzungsbehörden in Baden-Baden mehr von Preußen sprachen als vom Nationalsozialismus. Und im Januar 1962, als ich von General de Gaulle empfangen wurde, der mein Buch über die Außenpolitik der Vierten Republik kommentieren wollte und der mir, von der Teilung Deutschlands sprechend, sagte: „Vous est moi, nous savons bien que, de l'autre côté, c'est la Prusse!“ Daß der Kommunismus gerade in Preußen herrschte, war wohl nicht nur ein historischer Zufall – und Adenauer als Rheinländer war sowieso beinahe so gut wie ein Bayer und natürlich besser, als es der Preuße Kurt Schumacher war!

Aber in deutschen Augen gab es wohl ein Deutschland bereits am 15. Oktober 1813. Zum 190. Jahrestag werde ich in Leipzig versuchen, das Denkmal der „Völkerschlacht“ zu entmythologisieren, so wie ich es schon für die häßliche Germania des Niederwald-Denkmal und für das enorme Kyffhäuser-Monument getan habe. Muß so etwas auch mit dem 22. Januar 2003 geschehen? Sagen wir, daß es in diesem Jahr manche Übertreibung, manche Legendenbildung gegeben hat.

Aber zunächst muß doch hervorgehoben werden, was der Vertrag geleistet hat. Das Deutsch-französische Jugendwerk bleibt eine Institution, die hoffentlich auch ab Januar wieder ein gutes Generalsekretariat haben wird, mit einem Haushalt, dessen Höhe dieses Jahr mit Mühe gerettet wurde. Es gab auch den Zwang der häufigen Begegnungen zwischen den Großen, zwischen den hohen und weniger hohen Beamten. Um nur ein Beispiel zu geben: Letzte Woche habe ich in Kairo und Alexandria auf Einladung beider Botschaften gesprochen. Daß der deutsche und der französische Botschafter befreundet sind und im Gastland beweisen wollen, daß die

deutsch-französische Partnerschaft solide und effizient ist, das habe ich bisher in Warschau, Helsinki, Ottawa und Minsk als Gastredner erleben dürfen. Wer redet davon? Die deutschen und französischen Medien nicht, weil das Positive sie nicht besonders interessiert. Darüber nachher etwas mehr.

Aber der Vertrag enthielt kein Abkommen über eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Damals habe ich gelernt, was sich später unter anderem im Maastricht-Vertrag bestätigt hat, daß ein Vertrag keine Übereinstimmung festzulegen braucht. Man schrieb nur hinein, man wolle versuchen, sich einig zu werden. Bei der Tagung zum 40. Jahrestag im Audimax der Sorbonne sagte der trotz seiner 86 Jahre jugendfrische Pierre Messmer, damals Verteidigungsminister, daß man absichtlich so formuliert habe, da es überhaupt keine Übereinstimmung in bezug auf die Verteidigung gab. (In den europäischen Verträgen hieß und heißt es, man werde versuchen, zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu gelangen, die dann in einer weiteren Zukunft zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte.)

Diese Unbestimmtheit hing mit der unbestreitbaren Tatsache zusammen, daß der 22. Januar 1963 nach dem 14. Januar und nach Oktober 1962 kam! Am 14. Januar hatte de Gaulle Großbritannien ein feierliches Nein zum Beitritt in die Gemeinschaft entgegengeschmettert, was große Empörung bei der SPD und einem Großteil der CDU zeitigte. Damals herrschte nirgends die reine Logik. De Gaulle sagte dem Sinn nach: „Großbritannien darf nicht herein, weil es eine Form der Gemeinschaft ablehnt – die ich auch ablehne.“ Und die Bonner Gegner des Vertrags sagten wie die Holländer und die Belgier: „Wir müssen unbedingt Großbritannien hereinlassen und mehr Supranationalität erreichen, wobei wir wissen, daß England jede Form der Supranationalität ablehnt.“

In Wirklichkeit ging es für de Gaulle um etwas anderes, was noch heute Bedeutung hat. Seit 1945 versuchen Frankreich und Großbritannien eine Frage zu beantworten, für die es vielleicht keine gute Antwort gibt: „Wie kann ich Welteinfluß behalten, wo ich doch weiß, daß ich keine Großmacht mehr bin?“ Die britische Antwort war: „Indem ich eine *special relationship* mit der echten Weltmacht Amerika habe.“ Das hat Großbritannien nie Vorteile gebracht. 1956 ist es in der Suez-Krise noch mehr durch die USA bestraft worden als Frankreich. Und in der Irak-Krise hat sich Tony Blair ständig dem Willen von Bush beugen und immer mehr im Spagat leben müssen: „Ich will zum Euro und stelle mich neben den Vereinigten Staaten gegen Frankreich und Deutschland.“ Die französische Antwort war – bereits vor de Gaulle: „Indem ich ein Europa schaffe, in dem ich allein Welteinfluß haben will, so daß unter anderem die deutsche Wirtschaft Frankreichs Stimme in der Welt stärken wird.“ Das Nein von de Gaulle am 14. Januar entsprach einer Einstellung, die eine Formel ausdrückt, die de Gaulle zugeschrieben wurde: „Frankreich und Deutschland müssen eng aneinander sein wie Pferd und Reiter sind!“

Dank der Bundesrepublik sollte also ein zu den USA auf Distanz gehendes Europa gestärkt werden. Dies aber nach dem Oktober 1962, das heißt nach der Kuba-Krise. De Gaulles Außenpolitik schien auch widersprüchlich und war doch kohärent. Wenn der Westen bedroht wird, ist Frankreich ein treuer Verbündeter der USA. Gerade während der Kuba-Krise empfand John F. Kennedy die Unterstützung aus Paris noch stärker als die aus London und Bonn. Aber sobald die Bedrohung nachläßt, muß Frankreich gegen die USA Prestige und Einfluß gewinnen. Und da Kennedy als Sieger aus der Krise hervorging und die Sowjetunion sehr geschwächt war, konnte man versuchen, sich mit Adenauer

gegen Washington zu stellen. Wobei de Gaulle sich getäuscht hat: Hat die Bundesrepublik sich zwischen Paris und Washington zu entscheiden, dann für Washington. Jedenfalls bis 2002. Was dann anders wurde, soll noch erklärt werden.

Dazu zwei Randbemerkungen, eine zur Vergangenheit, eine zur Gegenwart. Während de Gaulle von 1958 bis 1969 an der Macht war, wurde ich von amerikanischer Seite oft gefragt: „Er will Prestige. Aber wozu?“ Ich mußte erklären, daß Prestige ein Ziel für sich sein kann, was heute noch für Frankreich gilt. Die andere Bemerkung betrifft Polen: Warum soll man Warschau vorwerfen, während der Irak-Krise unter den acht Amerika-Treuen gewesen zu sein? Wie die Bundesrepublik ehemals sollte Polen nie gezwungen werden, sich gegen die Schutzmacht zu stellen, die den Zusammenbruch des Kommunismus ermöglicht hat und heute noch Polen gegen russischen Druck beschützen kann.

Doch bevor wir zu Amerika kommen, soll noch einmal zum Elysée-Vertrag zurückgeblendet werden, damit seine Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen und für die europäische Integration nicht überschätzt werde. Er war nämlich vielleicht ein Höhepunkt, aber ganz gewiß kein Anfang. De Gaulle hat sich 1958 weitgehend zu dem bekehrt, was er in der Opposition von 1947 bis 1958 vehement bekämpft hatte. Er hat dabei Millionen Franzosen mitbekehrt. Am 10. September 1962 sandte Konrad Adenauer dem schon todkranken Robert Schuman einen handschriftlichen Brief: „Lieber Herr Schuman! Während des Besuchs des General de Gaulle in der vorigen Woche habe ich oft Ihrer gedacht als desjenigen, der durch den Vertrag der Montanunion den Grundstein legte“ (den der deutsch-französischen Freundschaft und den der europäischen Einigung). Die Dankbarkeit, die der Bundeskanzler in diesem Brief zum Ausdruck brachte, ist verständlich: Der 9. Mai 1950 sah die

wirklich revolutionäre Tat der französischen Außenpolitik und sollte als Europatag viel stärker gefeiert werden. Bis dahin war Frankreich nur argwöhnisch gewesen, so wie es der Hohe Kommissar und spätere Botschafter André François-Poncet noch geblieben ist, wie es die schöne Habilitationsschrift von Hélène Miard-Delacroix jüngst gezeigt hat. Ein gleichberechtigter Staat in der supranationalen Struktur – das war ein Novum! Die Gleichberechtigung war für Adenauer als Ziel wichtiger als das vereinte Europa: In Deutschland wird heute ständig übersehen, welchen enormen politischen Vorteil die europäische Einigung der jungen besetzten Bundesrepublik gebracht hat.

Dann kam im September 1956 der heute so vergessene letzte deutsch-französische Vertrag, der konkrete Probleme regelte. Das Saargebiet wurde zum echten Land der Bundesrepublik, und die Kanalisierung der Mosel wurde unternommen (sie wurde 1964 vollendet), um dem Stahl aus Lothringen den Flußweg nach Rotterdam zu öffnen. Die Römischen Verträge von 1957 brachten noch viel mehr, so daß ich über das Ende der IV. Republik schreiben konnte, sie hätte mit „Kein Feind außer Deutschland“ begonnen und mit „Kein Freund außer Deutschland“ geendet, denn 1958 war die Sowjetunion der potentielle Angreifer, und man stand am Rande des Bruchs mit Großbritannien und den USA wegen Algerien und Tunesien.

Auf Regierungsebene war der 9. Mai 1950 ein Neubeginn. Aber nur auf Regierungsebene. Die deutsch-französische Zusammenarbeit hatte bereits direkt nach Kriegsende begonnen. Die Initiative lag bei Franzosen, die sich für die Zukunft Deutschlands mitverantwortlich fühlten. Die französische Verfassung von 1946 beginnt mit der Feststellung, daß der Sieg davongetragen worden sei „über Regime, die versucht hatten, die Menschen zu entwürdigen und zu verskla-

ven“. 1919 hätte man geschrieben: „Über Völker – oder über Nationen.“ Die Widerstandskämpfer, die die Verfassung schrieben, wußten, daß gewiß nicht alle ihre Landsleute Widerstand geleistet hatten, und daß viele Deutsche für ihren Widerstand gegen Hitler grausam bestraft worden waren. Joseph Rovon, bis Anfang Mai 1945 Dachau-Häftling, stellt in seinen Schriften nüchtern fest, daß das KZ Dachau zwar von Deutschen, aber für Deutsche errichtet worden war. Der erste deutsche Redner, den wir 1948 an die Sorbonne eingeladen haben, war Egon Kogon, der lange Jahre Buchenwald-Häftling gewesen war.

Gerade in Dachau (Buchenwald lag in der DDR) hätten sich Kohl und Mitterrand die Hand geben sollen und nicht in Verdun, Symbol des Ersten, nicht des Zweiten Weltkriegs.

Die Grundlage der ersten deutsch-französischen Begegnungen war eine ethische, auf die ich noch zurückkommen werde. Es ging um das Wissen und Verstehen des Leidens der anderen. Vor wenigen Wochen habe ich in *Le Monde* beklagt, daß auf jüdischer Seite das Leiden in Gaza und in den „Besetzten Gebieten“ nicht verstanden wird, was doch die Voraussetzung dafür ist, daß man von den Palästinensern verlangen darf, Verständnis zu zeigen für die Opfer der Attentate. Ständig ziehe ich den Vergleich mit unserer Haltung den Deutschen gegenüber. Wir konnten nur verlangen, daß das Ausmaß der Verbrechen, die im Namen Deutschlands begangen worden waren, von den Deutschen eingesehen wird, wenn wir unsererseits Verständnis zeigten für die Überlebenden der Bombennächte von Hamburg und Dresden, für die unter furchtbaren Bedingungen vertriebenen Pommern, Schlesier, Sudetendeutschen. Meine erste Begegnung mit den Führern der sudetendeutschen Landsmannschaft hat im Sommer 1953 in München stattgefunden (wobei ich allerdings entdeckte, daß meine Gesprächspartner

NS-Henlein-Leute gewesen waren!). Sie hatten mich angeschrieben, weil ich in meinem ersten Deutschland-Buch (*L'Allemagne de l'Occident 1945–1952*) die Vertreibungen gebrandmarkt hatte. Deswegen finde ich es heute auch normal, daß die deutsche Scheu verschwunden ist, vom deutschen Leiden zu sprechen. Mit dem Vorbehalt, daß Vergleiche mit Ehrlichkeit und Anstand durchgeführt werden, was gewiß nicht immer der Fall ist. In diesem Sinne gibt es wohl keine schönere Städtepartnerschaft als die zwischen Coventry und Dresden, zwischen der ersten durch deutsche Bomben verbrecherisch zerstörten britischen Stadt und der Stadt, die 1945 Opfer eines Kriegsverbrechens der Alliierten wurde.

Diese ethische Betrachtung sollte am besten in Deutschland verstanden werden, wo doch die Bundesrepublik, anders als alle anderen Staaten Europas, nicht auf dem Gedanken des Nationalstaats aufgebaut wurde, sondern auf einer politischen Ethik, die der doppelten Ablehnung des Nationalsozialismus in der Vergangenheit und des Sowjetkommunismus in der Nachbarschaft. Dies zeigt sich besonders im Militärischen. Die Bundesminister der Verteidigung sprechen wenig, eigentlich nie, von Vaterland und Nation. Als am 5. Januar 1995 Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) die erste Bundeswehrkaserne in Berlin einweihte, taufte er sie „Julius-Leber-Kaserne“, nach dem Sozialisten, der bereits 1933 niedergeknüppelt worden war und 1945 hingerichtet wurde. (Randbemerkung, die ich in Frankreich ständig vorbringe: Rühe sagte, Julius Leber sei Elsässer gewesen, „also auch französischer Kultur“. Ich werde vor meinem Tod kaum einen französischen Minister sagen hören von jemandem: „Er war Elsässer, also auch deutscher Kultur!“) Und warum hat Rudolf Scharping seinen Tagesbefehl an die Bundeswehr zum Kosovo-Einsatz am 27. Januar 1999 erlassen? Weil vier Jahre davor Bundespräsident Roman

Herzog den Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz zum Tag des Gedenkens gemacht hatte.

Im selben Jahr erhielt dann Scharping auf dem Evangelischen Kirchentag Applaus trotz oder sogar wegen der Kosovo-Intervention. 1983 war ich vom Kirchentag noch eisig behandelt worden, als ich die Nachrüstung verteidigte. In der Zwischenzeit haben eben viele Deutsche eingesehen, daß politische Mitverantwortung für das Geschehen außerhalb der Europäischen Gemeinschaft auch mitunter militärisches Engagement beinhalten mag. Gerade dies scheint mir Gerhard Schröder nicht zur Kenntnis genommen zu haben, als er vor den Wahlen zu einem etwaigen Irak-Einsatz sein „Nein, in keinem Fall!“ aussprach. Erstens war es diplomatisch ungeschickt: Man sollte nie eine solche Formel zum Ausdruck bringen, weil man so jegliche Verhandlungsmöglichkeit verspielt. (Chirac und de Villepin haben übrigens nie „in keinem Fall“ gesagt, was in Amerika übersehen wird. Sie sagten: „Sollten die Inspektoren Vernichtungswaffen finden oder die Iraker deren Mission unmöglich machen, dann nehmen wir an einer Offensive teil“). Zweitens scheint der Kanzler geglaubt zu haben, nach den Wahlen könne er von diesem totalen Nein abweichen wie von vielen anderen Wahlversprechen. Und drittens mag er nach den Wahlen gerade dieser Formel seinen Sieg zugeschrieben haben. Meiner Ansicht nach stimmte das nicht: Diejenigen, die für das absolute Nein waren, stimmten sowieso für die SPD oder für die Grünen. Die PDS ihrerseits ist nicht durch den Irak zugunsten der SPD schwächer geworden, sondern dank Klaus Wowereit. Der Wirtschaftsminister Gysi durfte lediglich von Einsparungen reden und von der Notwendigkeit, ausländischem Kapital Berlin schmackhaft zu machen. Wie Mitterand hat so der Regierende Bürgermeister die Kommunisten geschwächt.

Das eigentliche Novum bei Schröder ist seine Haltung gegenüber den USA gewesen, wobei man einen grundlegenden Unterschied hätte hervorheben müssen. Er und Chirac kritisierten Bush, nicht die USA schlechthin. George W. Bush zu kritisieren ist kein Antiamerikanismus, so wie Sharon zu kritisieren kein Antisemitismus ist. Bisher hatte die Bundesrepublik den USA gegenüber eine übertriebene Dankbarkeit gezeigt, während Frankreich Rekorde der Undankbarkeit aufgestellt hatte. Gewiß hat es die Luftbrücke gegeben und die Marshall-Hilfe und den Schutz bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion – aber mußte deswegen, wie noch bei Kohl, jede Kritik zurückgezogen werden, sobald der amerikanische Botschafter im Kanzleramt vorstellig geworden war?

1997 hat man in vielen europäischen Ländern, besonders in der Bundesrepublik, den 50. Jahrestag des Marshall-Plans gefeiert. In Frankreich nicht. Dort feiert man lieber La Fayette und Benjamin Franklin: Das starke Frankreich des 18. Jahrhunderts hat den jungen Vereinigten Staaten in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit geholfen – das ist der Erinnerung würdig. In seiner berühmten Rede vom Balkon des Pariser Rathauses im August 1944 rief de Gaulle, Paris habe sich selbst befreit mit der Hilfe der französischen Armee und der Unterstützung des gesamten französischen Volkes. Daß es zu dieser Zeit amerikanische Streitkräfte auf französischem Boden gab, die immerhin die deutschen Armeen besiegt hatten, davon sprach er nicht! Es gab, es gibt in Frankreich noch immer eine recht widersprüchliche Einstellung: Amerika soll insbesondere im transatlantischen Bündnis sagen – aber Holland zum Beispiel nie –, ihr Land stehe auf derselben Ebene wie Frankreich!

Der Antiamerikanismus der Schwäche ist bei Dominique de Villepin viel weniger ausgeprägt, als dies bei seinem Vorgänger Hubert Védrine der Fall war. Aber ist eine schö-

ne Karikatur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vor 30 Jahren heute ganz wirklichkeitsfremd geworden? Ein prächtiger Hahn kräht auf französisch: „Moi, moi, moi“. Darunter steht: „Soll Europa mit einer Stimme sprechen?“ Während der Irak-Krise machte Tony Blair den britischen Sitz im Sicherheitsrat zum zweiten amerikanischen. Hätte da nicht Frankreich den seinen zu einem europäischen machen sollen? Nicht durch einen Verzicht, lediglich durch ständige Konsultationen mit den Europäern.

Seit dem Sieg der britisch-amerikanischen Streitkräfte hat sich die Lage verändert. Es ist offensichtlich geworden, daß in Washington und London gefälscht und gelogen worden ist, um die Militärintervention mit einer Bedrohung durch Saddam Husseins Vernichtungswaffen zu rechtfertigen. Aber die deutsche und die französische Regierung ziehen es vor, das Thema unerwähnt zu lassen, um wieder gute Beziehungen zu Washington herzustellen, was manchmal nach Anbiederung klingen mag. Denn auch andere berechtigte Kritik an dem Amerika von George W. Bush wird kaum ausgesprochen – beim Umweltschutz, bei dem Preis der AIDS-Medikamente für Afrika, bei der Behandlung willkürlich eingesperrt gehaltener Gefangener auf Guantanamo, bei der Einstellung zum neuen internationalen Gerichtshof, der Kriegsverbrechen bestrafen soll. Man sollte auch Antwort geben, wenn prominente Professoren des Internationalen Rechts oder bedeutende Publizisten jenseits und diesseits des Atlantik plötzlich schreiben, das Internationale Recht sei antiquiert, seine Anwendung sei ein Zeichen der Schwäche, und Amerika hätte nun die Macht und das Recht, für das Gute gegen das Böse mit allen Mitteln zu kämpfen.

Was sich nicht verändert hat, ist die offizielle Stellung zu den beiden Männern, die vom Attentat am 11. September 2001 profitiert haben, weil sie sich seitdem berechtigt fühlen,

so zu sprechen und zu handeln, als seien alle diejenigen Terroristen, die sie unterdrücken, nämlich Putin und Sharon. Ich nenne das Jahr 2001, weil es auch den 11. September 1973 gegeben hat. An diesem Tag stürzte und tötete ein mit Kissingers Hilfe organisierter Militärputsch Chiles Präsidenten Salvador Allende – und die von General Pinochet vollzogene Repression hat noch mehr Tote gezeitigt als das furchtbare Attentat von New York. Churchill und Roosevelt haben sich mit Stalin verbündet. Das verbot ihnen, vom Gulag zu sprechen. Frankreich und Deutschland gingen zusammen mit Rußland im Sicherheitsrat vor. Das schien ihnen verboten zu haben, von Tschetschenien zu sprechen. Aber nach dem Irak-Krieg hätten sie es wirklich nicht nötig gehabt, beim 300. Jahrestag der Gründung von Sankt Petersburg Wladimir Putin als großen Demokraten zu feiern.

Das sagt man von Sharon nicht, aber in Deutschland gibt es ein großes Tabu gegenüber Israel. Mehr als in Frankreich, denn es gibt natürlich die Hitler-Vergangenheit. In Paris bin ich von einer jüdischen Wochenzeitung zensiert worden. In einer Antwort auf eine Rundfrage, was Intellektuelle im Nahostkonflikt bewirken könnten, habe ich zwei Dinge gesagt, die nicht veröffentlicht wurden. Ich sei als kleiner Jude im Schulhof in Frankfurt verachtet (und auch verprügelt) worden und könne nicht verstehen, daß Juden andere verachten. Und daß das einzige, was zu tun sei, die Bitte an Sharon und die Seinen auszudrücken, etwas Mitgefühl zu zeigen für das Leiden der Einwohner des großen Ghettos von Gaza. In Deutschland hat Martin Walser in seiner Friedenspreisrede zu Recht von der Keule gesprochen, die gegen die Deutschen jedesmal geschwungen wird, wenn sie Israel kritisieren. Mit dem in Deutschland wie in Frankreich allzusehr geehrten Elie Wiesel hatte ich zweimal Zwist. Nach dem 9. November 1989 beklagte er, daß junge Deutsche sich

am Jahrestag der Pogromnacht so laut gefreut hatten. Wir – Dominique Moïsi, Daniel Cohn-Bendit und andere – haben geantwortet: „Daß junge Deutsche sich über hergestellte Freiheit freuen – wie haben wir doch gerade dies nach 1945 erhofft!“

In meinem Buch *Le crime et la mémoire (Verbrechen und Erinnerung)*, das 1989 erschienen ist und wenige Monate nach der grausamen Verwendung von Gas gegen die kurdische Bevölkerung durch Saddam Hussein geschrieben worden war, schrieb ich, Elie Wiesel habe in seiner Oslo-Rede zum Friedensnobelpreis gesagt, er habe nicht verstehen können, daß nach dem Krieg die ganze Welt nicht nach Auschwitz geblickt hätte. Ich antwortete, daß die kurdische Mutter, die in ihren Armen die Leiche ihres durch irakisches Gas getöteten Kindes hält, keinen Grund hätte, an Auschwitz zu denken, aber daß jeder Überlebende von Auschwitz die moralische Pflicht habe, an die kurdische Mutter zu denken. Das sind wirklich zwei verschiedene Auffassungen der Moral.

Bevor wir uns diesem Thema noch einmal zuwenden, nämlich im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen, die ja der Robert Bosch Stiftung beinahe noch mehr am Herzen liegen als die deutsch-französischen, möchte ich einen Umweg machen über zwei andere Themen, die natürlich auch zur Gesamtthematik gehören, nämlich die Wirtschaft und die politische Gestaltung der bald erweiterten Europäischen Union. Die größte Schwäche des deutsch-französischen Paares in Europa ist natürlich die Wirtschaftskrise, in der sich beide Länder befinden. Mit einem Unterschied: Die deutsche Krise ist schlimmer und dies aus mindestens zwei Gründen. Der erste ist psychologisch. Da man in Deutschland geneigt ist, ständig zu klagen und Selbstmitleid auszuüben, sieht die Lage noch bedrückender aus, als sie ist,

und da das psychologische Element zur Wirtschaft gehört, wird sie dadurch noch schlimmer. Ein Beispiel: Wie hat man doch in Deutschland geklagt, die gute, solide Deutsche Mark sei ersetzt durch einen Euro, der dem Dollar gegenüber ständig an Wert verliert. Und nun, da der Euro wieder steigt – ohne seinen Anfangswert bisher erreicht zu haben –, wird wieder geklagt!

Ich habe mich in der Vergangenheit in vielem geirrt, aber nicht, als ich 1990 sagte, die Wiedervereinigung würde die Bundesrepublik auf lange Zeit wirtschaftlich schwächen. Es würde zu lange dauern, hier die Gründe aufzuzählen und die heutige Lage zu betrachten. Es bleibt festzuhalten, daß der deutsche Wirtschaftsmotor Europas nicht mehr funktioniert. Es ist kaum ein Trost, dabei festzustellen, daß die französischen Ängste Deutschland gegenüber heute nicht mehr dessen politische Übermacht oder einen neuen Drang nach Osten betreffen, sondern dessen wirtschaftliche Ohnmacht.

In Deutschland noch mehr als in Frankreich spricht man gern vom Außenhandel, von der großen Bedeutung des Landes im Welthandel. Man sollte doch einsehen, daß der Handel zwischen New York und San Francisco kein Welthandel ist, sondern amerikanischer Binnenhandel. Und der Handel zwischen Hamburg und Marseille ist kein Welthandel, sondern europäischer Binnenhandel. Auch Großbritannien wickelt etwa zwei Drittel seines Außenhandels innerhalb der Europäischen Union ab, von der die Bundesrepublik mehr profitiert hat und noch profitiert als jeder andere Mitgliedstaat. Der beste Beweis für das Bestehen der Europäischen Union auf dem Gebiet des Handels ist ja, daß sie bei den Verhandlungen über den Welthandel von einem der Kommissare vertreten wird. Bereits de Gaulle hat vor vier Jahrzehnten dem Belgier Jean Rey Dank dafür ausgesprochen, Frankreichs Interessen in der Kennedy-Runde so

gut vertreten zu haben. Heute gilt Pascal Lamy als einer der besten Kommissare, während die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht gerade Wirklichkeit geworden ist!

Paris und Berlin können auch die anderen kaum von der Notwendigkeit überzeugen, die europäischen Institutionen zu festigen und auszubauen, wenn sie weiterhin zu den „schlechten Schülern“ gehören, die die europäischen Weisungen nur unvollkommen in nationales Recht umwandeln und das europäische Recht so schlecht respektieren, daß insbesondere Frankreich an der Spitze der Missetäter steht, gegen die in Brüssel und vor dem Gerichtshof in Luxemburg zahlreiche Verfahren laufen. Großbritannien gehört da zu den besseren Schülern der europäischen Klasse. Aber dort wie in Frankreich und Deutschland herrscht weiterhin eine europaschädliche Ignoranz über die bereits erreichte Dichte der Union. Die Medien tragen das ihre bei. Meine beliebteste deutsche Tageszeitung, die *Süddeutsche*, hat letztes Jahr eine lange Artikelreihe über Europa gebracht – nur mit kleinkariierter Kritik an Institutionen und Verfahren. Die Regierungen sind schlimmer. Sie befürworten im Rat (der leider der Gesetzgeber ist) Regeln, die dann von der Kommission unter lauter Kritik derselben Regierungen durchgesetzt werden. Nehmen Sie an, Sie wüßten, was die Union schon ist, und Sie erklärten es dem Schweizer Bürger aus Schwyz oder Baselland oder einem Amerikaner aus Oklahoma oder Wyoming: Beide würden aufschreien, weil für sie so viele gemeinsame Regeln und Gesetze das Ende des Föderalismus in den USA und in der Schweiz bedeuten würden!

Und nun soll der Konvent entscheiden, ob die erweiterte Union mehr zentrale, zusammenhaltende Macht erhalten soll. Ich bin da nicht besonders optimistisch und glaube, daß schließlich Großbritannien seine Auffassungen durchsetzen wird, und sei es nur, weil sich Jacques Chirac und Gerhard

Schröder nicht zu den Auffassungen von Joschka Fischer durchgerungen haben. Man sollte mehr ein Wort von Jean Monnet in Betracht ziehen: „*Rien ne se crée sans les hommes, rien ne dure sans les institutions.*“ „Nichts wird ohne die Menschen geschaffen, aber nichts hat Dauer ohne die Institutionen.“ Dies ist besonders jetzt zu bedenken, wo so viele neue das Funktionieren der heutigen Institutionen noch schwieriger machen werden.

Vor einigen Bemerkungen zu der Erweiterung, einen kleinen, aber in meinen Augen wichtigen Exkurs über eine deutsche und französische Besonderheit, nämlich die große Anzahl der Moslems in der Bevölkerung beider Länder. Ich kann es nicht beweisen, aber ich bin sicher, daß einer der Gründe des deutschen und des französischen Nein zu Bush hier gelegen hat: Sollte der Krieg gegen den Irak aussehen wie ein christlich-jüdischer Feld-, ja Kreuzzug gegen den Islam, so hätte dies innerhalb beider Länder negative Konsequenzen gehabt.

Allerdings wird die Integration in Deutschland anders aufgefaßt als in Frankreich (trotz zahlreicher Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen bei uns). Unser Innenminister Nicolas Sarkozy hat vor kurzem zu Jean-Marie Le Pen gesagt: „Wenn es nach Ihnen ginge, wäre ich gar nicht Franzose (sondern Ungar). Wie schade wäre das doch für Frankreich!“ Dasselbe sage ich ständig von mir, während ich leider in Deutschland häufig widersprechen muß, weil ich vorgestellt werde als „Alfred Grosser ist in Frankfurt geboren und lebt in Frankreich“. Ich bin schlechthin Franzose und würde es auch bleiben, wenn ich nach Deutschland umziehen würde. Bei Ihnen gibt es nun eine Abgeordnete im Bundestag, die türkischer Geburt ist. In zwei Artikeln, die ich gelesen habe, wurde sie als „Türkin mit einem deutschen Paß“ bezeichnet. Und doch versuchen die Innenminister in Berlin und Paris

dasselbe: eine deutsche und französische Vertretung des Islam zu erreichen, die verhindern würde, daß das Geld für Moscheen nur aus Saudi-Arabien kommt und daß die Imame nicht nur an der Universität von Kairo ausgebildet werden.

Nun aber zur Erweiterung. Frankreich und Deutschland sind da nicht immer geschickt und aufrichtig. Die Beschimpfung der Polen durch Jacques Chirac habe ich bereits erwähnt. Ist die Lage Schröders besser, wenn ständig gesagt wurde, „Polen muß schnell dazu“, aber zugleich immer neue Bedingungen auferlegt werden? Zum Beispiel, daß eines der Grundelemente der Gemeinschaft – die Freiheit, seinen Arbeitsort zu wählen – erst ab 2010 wirksam werden soll, weil die Bundesrepublik Angst vor einer politischen „Invasion“ hat. Wie Frankreich vor dem Eintritt von Portugal und Spanien. Nun hat dieser Beitritt die portugiesische Wirtschaft – auch dank der finanziellen Hilfen – so angekurbelt, daß nicht nur kaum Portugiesen ihre Heimat verlassen haben, sondern daß manche aus Frankreich in die mit neuen Arbeitsplätzen versehene Heimat zurückgekehrt sind. Allerdings gibt es für Deutschland die besondere Schwierigkeit mit den neuen Ländern. Da dort nach der Wende die Renten und Löhne schneller gestiegen sind als die Produktivität (nicht schnell genug, monieren die Metallarbeiter in Ostdeutschland mit guter Begründung), im Gegensatz zu Polen oder Ungarn, ist es heute für einen Unternehmer in Paris oder Frankfurt viel vorteilhafter, in Warschau, Budapest oder Prag zu investieren als in Leipzig. Und wenn in Leipzig eine schöne neue Fabrik entsteht, so nur, weil es Zuschüsse aus Brüssel und Berlin gibt.

Die Osterweiterung hat gewiß starke wirtschaftliche Aspekte, aber nicht nur solche. Die Grundethik der Bundesrepublik, die der Freiheit, die den Bürgern der DDR versagt

war, sie hat den Zutritt von Griechenland, Spanien und Portugal bedingt, die alle drei 1974/75 der Diktatur entronnen waren. Sie war die Grundlage der Wiedervereinigung nach Artikel 23 Grundgesetz: Die unfreien Deutschen werden Bürger der erweiterten Bundesrepublik, was die deutsche Vereinigung 1990 zur ersten Osterweiterung der Europäischen Gemeinschaft gemacht hat.

Die Vergangenheitsbewältigung ist vorbildlich, soweit es um Deutschland und Polen geht. Wer hätte nach dem Krieg denken können, daß es in der Gegend von Görlitz eine „Euroregio Neiße“ geben würde? Ein schönes, leider nicht zwischen München und Prag nachgeahmtes Beispiel ist vor kurzem durch meinen Freund Rudolf von Thadden und seine Freunde geliefert worden. Er stammt aus Trieglaff in Pommern. Er hat einen Besuch ehemaliger Einwohner im heutigen Trieglaff veranstaltet, währenddessen eine Steintafel an der Ortskirche angebracht wurde. Darauf steht zu lesen: „Zur Erinnerung an viele Generationen deutscher Trieglaffer, die hier wohnten und glücklich waren. Und mit guten Wünschen für das Wohlergehen der polnischen Trieglaffer, die heute hier ihre Heimat haben.“ Schöner geht es nicht!

Dabei ist es für mich unwesentlich, wie viele der Ausgesöhnten überzeugte und aus dieser Überzeugung heraus handelnde Christen waren. Denn für mich braucht man keine Religion, um den Wert der kritischen Distanz zu seinen Zugehörigkeiten in die Praxis umzusetzen, besonders eben durch das Verstehen der Leiden anderer. Ich hatte vor einigen Monaten die Ehre, in der Dresdner Frauenkirche eine Vortragsreihe zu Europa zu eröffnen. Ich hatte als Thema genommen „Das Verstehen der Leiden der anderen als Grundlage der europäischen Ethik“. Ich zitierte die jüdische Geschichte (die man heute in Israel bedenken sollte): „Ein Rabbiner wird gefragt: ‚Der Storch heiß auf hebräisch

hassida, der Zärtliche, weil er die Seinen liebt, und trotzdem zählt er zu den unreinen Tieren. Warum?‘ Er antwortet: ‚Ganz einfach: weil er nur die Seinen liebt!‘“ Das ist das Wesentliche, was in Deutschland von den Kirchen nicht voll anerkannt wird. Ich nehme mein persönliches Beispiel: Ich bin, so definierte mich richtig ein deutscher Journalist, „ein jüdisch geborener, mit dem Christentum geistig verbundener Atheist“. Dieser Atheist ist seit 1955, also seit bald einem halben Jahrhundert, ständiger Kolumnist der einzigen überregionalen französischen katholischen Zeitung *La Croix*. 2001 habe ich ein Buch veröffentlicht mit dem Titel *Les fruits de leur arbre. Regard athée sur les chrétiens*. (Die Früchte ihres Baums. Atheistischer Blick auf die Christen). Eine ausführliche, wahrhaft brüderliche Rezension erschien in der Zeitung. Sie stammte von einem katholischen Bischof. Dieser hatte selbst ein Buch geschrieben, in dem er sagte, daß das, was heute dringlich sei, nicht ein Kampf der Kirchen gegen den Atheismus wäre noch eine Auseinandersetzung zwischen Gläubigen und Ungläubigen, sondern der gemeinsame Blick auf den leidenden Menschen. Das wollen die meisten katholischen und evangelischen Bischöfe in Deutschland nicht verstehen. Das steht in der schönen Präambel der polnischen Verfassung von 1997, wo es heißt, das polnische Volk setze sich zusammen aus Menschen, die an Wahrheit und Gerechtigkeit aus ihrem Christentum heraus glauben, und aus anderen, die dieselben universellen Werte aus anderen Quellen ableiten.

Es gebe noch viel zu sagen über den deutsch-französischen Unterschied, über den Begriff der „laïcité“ und über die Stellung der Kirchen im öffentlichen Leben. Es sei hier nur darauf hingewiesen, weil meine Zusammenarbeit mit vielen deutschen Bischöfen, Priestern und Pfarrern schön und reibungslos verläuft. Weil wir alle zwei Zitate ernst neh-

men, die ich gerne vorbringe. In einem Brief an einen Freund schreibt Hans Scholl kurz vor seiner Verhaftung, Verurteilung und Hinrichtung: „Ich kann nicht abseits stehen, weil es abseits kein Glück gibt.“ Und aus dem Talmud, laut Richard von Weizsäcker, der diesen Passus oft verwendet: „Es ist nicht möglich, das Werk zu vollenden. Es ist nicht erlaubt, das Werk zu verlassen.“ Wenn ich in Frankreich, Deutschland, Belgien zu Gymnasiasten spreche und mit ihnen diskutiere, fordere ich sie immer dazu auf, nicht abseits zu stehen und ein Werk zu finden, das ihrem Leben mehr Sinn geben sollte als der Wunsch, viel Geld zu verdienen. Ich bin sicher, daß Sie, die hier anwesenden Erwachsenen, diesen Sinn bereits gefunden haben. Und sei es nur, um die Europäische Union zu stärken und die deutsch-französischen Beziehungen zu vertiefen!

Alfred Grosser

- 1925* in Frankfurt/Main geboren, seit 1933 in Frankreich lebend, seit 1937 Franzose
Studium der Politologie und Germanistik an den Universitäten Aix-en-Provence und Paris
Promotion zum Docteur ès lettres et sciences humaines
- 1951-55* Assistent für Germanistik an der Sorbonne, Paris
- 1953-55* Lehrbeauftragter am Institut d'études politiques, Paris
- 1956-92* Professor am Institut d'études politiques sowie Studien- und Forschungsdirektor an der Fondation nationale des sciences politiques, Paris
Gastprofessor an den Universitäten Stanford (USA), Johns Hopkins (USA), Peking, Tokio und Singapur
- Seit 1982* Präsident des Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine (CIRAC), Paris
politischer Kolumnist der Tageszeitungen Le Monde, Ouest-France und La Croix

Auszeichnungen (Auswahl)

Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland; Theodor-Heuss-Medaille; Friedenspreis des Deutschen Buchhandels; Grand Officier de la Légion d'Honneur; Schiller-Preis der Stadt Mannheim; Grand Prix de l'Académie des sciences morales et politiques

Veröffentlichungen (Auswahl)

Verbrechen und Erinnerung, 1990; Mein Deutschland, 1993; Was ich denke, 1995; Les identités difficiles, 1996; Une vie de Français, 1997; Deutschland in Europa, 1998; Les fruits de leur arbre. Regard athée sur les chrétiens, 2001; Sind die Deutschen anders?, 2002

Europa bauen, den Wandel gestalten

Vortragsreihe

Klaus Töpfer

Globalisierung – Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen, Oktober 2001

Daniel S. Hamilton

Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage, Februar 2002

Mahmoud Hamdi Zakzouk

Der Islam und Europa – ohne Dialog keine Zukunft, Juli 2002

Janusz Reiter

Die Erweiterung der Europäischen Union – was kommt danach?, Januar 2003

Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung verkörpert innerhalb der Verfassung des Hauses Bosch die gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861-1942). Sie ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland und wurde 1964 gegründet. Innerhalb ihrer Zwecke entwickelt sie Förderungsprogramme und unterstützt modellhafte, praxisbezogene Einzelprojekte, die zeitlich befristet sind.

Derzeit bezieht sich die Förderung auf folgende Bereiche: Wissenschaft in der Gesellschaft, Gesundheit und Humanitäre Hilfe, Völkerverständigung sowie Jugend, Bildung und Bürgergesellschaft. Die internationalen Aktivitäten der Stiftung konzentrieren sich auf Frankreich, die USA sowie Länder Mittel- und Osteuropas. 2002 wurden 44,7 Millionen Euro für Fördervorhaben bewilligt.

ROBERT BOSCH STIFTUNG

Robert Bosch Stiftung GmbH

Heidehofstraße 31

70184 Stuttgart

E-Mail: info@bosch-stiftung.de

www.bosch-stiftung.de

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung
Foto: Susanne Kern
August 2003

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek
erhältlich

© 2003 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3-922934-74-9